



Das Projekt AKZENT wurde als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert. Mit den Pilotprojekten sollen innovative und beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft unterstützt und bekannt gemacht werden. AKZENT wurde unter der Leitung der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V. zusammen mit dem sozialwissenschaftlichen Institut Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e. V. umgesetzt.

## Ziele und Aufgaben des Projekts: Bewohnerengagement erkunden und unterstützen

In vielen Städten engagieren sich Bürger/innen für die Belange ihres Stadtteils. Auch in so genannten benachteiligten Stadtteilen sind sie aktiv und setzen sich für eine Verbesserung des Zusammenlebens und des Wohnumfeldes ein. Das Spektrum reicht hier von informellen Bürgergruppen und -initiativen über Bewohnervereine und Stadtteilforen bis hin zu Nachbarschaftsläden, die ein vielfältiges Freizeit-, Bildungs- und Unterstützungsangebot organisieren. Viele dieser Gruppen sind im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ entstanden.

Es gibt bislang jedoch keine systematisch gesammelten Informationen darüber, vor welchen Anforderungen und Schwierigkeiten solch engagierte Stadtteilbewohner/innen konkret stehen, welche Unterstützung sie für ihre Arbeit benötigen und wo die Grenzen ehrenamtlichen Engagements in benachteiligten Stadtteilen liegen. Ziel des Projekts „AKZENT“ war es, diese Aspekte genauer in den Blick zu nehmen und Konzepte zur Unterstützung engagierter Bewohner/innen (weiter)zuentwickeln.

## Durchführung: Situationsanalyse, Entwicklung von Instrumenten

In der **ersten Projektphase** wurde eine **Bestandsaufnahme** der Situation von insgesamt elf Bewohnerinitiativen in sozial benachteiligten Stadtteilen in Niedersachsen durchgeführt. Dabei ging es um Ziele, Aktivitäten, die Rolle im Stadtteil und die Ressourcenlage der Bewohnergruppen. Jede Gruppe nahm an zwei Gruppendiskussionen teil (1: Situationsanalyse, 2: Feedback/Ideenentwicklung). Die Mitglieder gaben mithilfe von Fragebögen zusätzlich Auskunft über ihre Motivation und ihre Sicht auf die Gruppe. Darüber hinaus wurden externe Stadtteil-Akteure (z. B. andere Vereine, Verwaltung, Schulen, Kirchen) per Fragebogen zu ihrer „Außensicht“ auf die jeweilige Initiative befragt.

In der **zweiten Projektphase** wurden auf der Grundlage der Bestandsaufnahme **Unterstützungsansätze** für Bewohnerinitiativen erarbeitet und entsprechende Konzepte entwickelt bzw. angepasst. Die Verschlechterung der Wohnungssituation durch kapitalmarktorientierte Eigentümerstrukturen

hat sich im Verlaufe des Projekts als ein zentraler Themenschwerpunkt herauskristallisiert. Nach intensiver Recherche zu diesem Problem konnten u. a. in einem vom Projektteam organisierten überregionalen Expertenworkshop Ansätze für eine Unterstützung von Bewohner/inne/n bei der Wahrnehmung ihrer Mieterrechte herausgearbeitet werden.

Auf der **Abschlussveranstaltung** verabschiedeten die Bewohner/innen vor dem Hintergrund der Projektergebnisse einen gemeinsamen **Appell an Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft**. Der Appell ermöglicht den Bewohnerinitiativen die Öffentlichkeit und die politischen Akteure vor Ort auf ihre Situation aufmerksam zu machen und einzufordern, dass Politik und Verwaltung Verantwortung für die dauerhafte Förderung ihres Stadtteilengagements übernehmen. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Schwierigkeiten in benachteiligten Stadtteilen nicht allein vor Ort und von engagierten Bewohner/innen gelöst werden können.

## Zentrale Ergebnisse

### Bewohnerengagement leidet unter einem Mangel an Mitstreiter/inne/n und an hohen Ansprüchen

Alle Initiativen beklagen einen Mangel an verbindlichen Mitstreiter/inne/n, um die vorhandenen Angebote weiterzuentwickeln bzw. das einmal erreichte Angebotsniveau zu halten. In einzelnen Gruppen wurde die Überforderung der Gruppenmitglieder thematisiert. Der Vorschlag, die Aktivitä-

ten zu reduzieren und damit den vorhandenen Ressourcen anzupassen, wurde jedoch meist zurückgewiesen.

Fast alle Gruppen wünschten sich zudem eine vielfältigere Zusammensetzung, welche die Bevölkerungsstruktur repräsentiert. Einzelne Gruppen haben kaum Mitglieder aus dem entsprechenden Stadtteil, die meisten wünschen sich eine stärkere Beteiligung Jüngerer, viele wollen mehr

## Projektzusammenfassung: Bewohnerengagement erkunden und unterstützen

Bewohner/innen mit Migrationshintergrund gewinnen oder ein breiteres Herkunftsspektrum von Menschen mit Migrationshintergrund abbilden.

Gleichzeitig haben die Gruppen hohe Ansprüche an ihre eigene Arbeit. Bspw. wollen viele mit ihrem Angebot möglichst alle Bevölkerungsgruppen im Stadtteil erreichen. Interessant ist, dass der Erfolg der Gruppen hinsichtlich des Erreichens verschiedener Zielgruppen von den befragten Externen sehr viel höher eingeschätzt wird als von den Gruppen selber.

Ein Widerspruch besteht darin, dass viele Gruppen kaum Zeit und personelle Kapazitäten haben, sich neben der Aufrechterhaltung des Angebotes gründlich über Schwierigkeiten auszutauschen und Ideen zu entwickeln, wie man diese lösen könnte, z. B. neue Mitstreiter/innen zur Erweiterung der personellen Kapazitäten zu gewinnen.

Die formulierten Anforderungen und Erwartungen an neue Mitstreiter/innen sind teilweise anspruchsvoll und erschweren es, Mitstreiter/innen aus der Bewohnerschaft zu gewinnen. Die Diskussion um eine Vergrößerung der Gruppen und eine vielfältigere Gruppenzusammensetzung zeigt daher ein weiteres Grundproblem: Bewohnerinitiativen, die bspw. im Rahmen der „Sozialen Stadt“ entstanden sind, repräsentieren trotz ihrer Formenvielfalt oft gesellschaftlich vorherrschende Vorstellungen von Engagement, die bestimmte Gruppen tendenziell ausschließen. Formalisierte Gremienstrukturen, Verwaltungsarbeiten in Vereinen oder die Durchführung pädagogischer Angebote für Kinder knüpfen an Erfahrungen an, die nicht zwangsläufig Teil der Lebenswelt der Bewohner/innen sind. Die Vorstellung von Beteiligung, ihrer Formen und Themen, muss daher deutlich weiter gefasst werden als es bisher in vielen Programmen und Projekten der Fall ist.

### **Wohnungsbesitzverhältnisse in den Stadtteilen unterlaufen stadtteilbezogenes Engagement**

In vielen der von uns besuchten Stadtteile sind große Teile kommunaler (und anderer) Wohnungsbestände in die Hände von Kapitalanlagegesellschaften privatisiert worden. Hierdurch hat sich die Wohnsituation in den Stadtteilen massiv verschlechtert. Gleichzeitig hat dies gravierende Auswirkungen auf das Engagement der Bewohner/innen: Bemühungen um Bewohnerbeteiligung, Stadtteilverschönerung und Stadtteilbindung werden weitestgehend untergraben. Aktivitäten zur Förderung des freiwilligen Engagements von Bewohner/innen benachteiligter Stadtteile müssen sich auch dieser Herausforderung annehmen und Handlungsoptionen zur Wahrnehmung von Rechten im Bereich Wohnen

ausloten und verbreiten helfen. Dabei ist insbesondere auch die Rolle und die Verantwortung der vor Ort eingesetzten Hauptamtlichen in den Blick zu nehmen, die sich in einer Aufgabenambivalenz zwischen Positivimage und Mängelbenennung einerseits, zwischen Anforderungen verschiedener Akteursgruppen andererseits befinden und sich deshalb dieser Problematik allenfalls zögerlich annehmen (können).

### **Freiwilliges Engagement in benachteiligten Stadtteilen braucht kontinuierliche professionelle Unterstützung**

Der Anspruch, wie er z. B. im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ oftmals formuliert wird, durch einmal initiierte Beteiligungsstrukturen eine Verstetigung im Sinne eines selbstorganisierten und kontinuierlichen Engagements zu bewirken, ist angesichts der Ressourcenlage vieler Bewohner/innen und Stadtteile meist unrealistisch. Die Gruppen sind dauerhaft auf Unterstützung von außen angewiesen und fordern diese auch ein, weil sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, die Aufgaben professioneller sozialarbeiterischer Kräfte zu übernehmen. Der an sie gerichtete Anspruch der unentgeltlichen Verstetigung von Aktivitäten des Programms „Soziale Stadt“ wurde von manchen Bewohnerinitiativen explizit zurückgewiesen. Sie verwiesen auf begrenzte Ressourcen, den selbstbestimmten Eigensinn freiwilligen Engagements oder sie lehnten eine „Instrumentalisierung“ für Aufgaben, die als öffentliche Aufgaben wahrgenommen werden, ab.

### **Stadtplanerisch motivierte Aktivierung hat ihre Grenzen**

Im Verlauf des Projekts hat sich gezeigt, dass viele Bewohner/innen ihre Gruppe nicht primär aus einer funktionalen Perspektive von Stadtentwicklungsprozessen wahrnehmen, sondern v.a. als unmittelbar sozialen und helfenden Zusammenhang. Professionelle Herangehensweisen und Interessenlagen aus der übergeordneten Perspektive der sozialen Stadtentwicklung stimmen also nicht immer mit der Motivation freiwillig engagierter Bewohner/innen überein. Dies wurde auch bei der Ausarbeitung eines Unterstützungsangebotes beachtet. Passgenaue Angebote orientieren sich demzufolge in stärkerem Maße an den Interessen und Lebenslagen der Bewohner/innen. Insbesondere sprachlich können sie besser vermitteln, ob und welchen Nutzen die Aneignung von Kompetenzen für das eigene Engagement hat. Unterstützungsstrukturen müssen – wie oben bereits angesprochen – zudem ihre Ansprüche an die Verselbstständigung und „Professionalisierung“ von Freiwilligenengagement grundlegend überdenken.

## Bewohner/innen vor dem Hintergrund ihrer Möglichkeiten und Grenzen stärken

Bewohnerbeteiligung und Bewohneraktivierung sind klassische Aufgabenfelder der Gemeinwesenarbeit, welche durch Förderprogramme wie die „Soziale Stadt“ neue Impulse bekommen haben und – zumindest programmatisch – zum „Mainstream“ der Aktivitäten in vielen Kommunen geworden sind. Die Erfahrungen aus dem Projekt können zum einen helfen, die Bedeutung sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Bewohnerengagement im Rahmen sozialer Stadtentwicklung realistisch einzuschätzen. Zum anderen wurden Instrumente entwickelt oder angepasst, um die Rolle von Bewohnerinitiativen und damit die Partizipation von Bewohner/innen vor dem Hintergrund ihrer Möglichkeiten und Grenzen zu stärken – nicht im Sinne politischer Instru-

mentalisierung freiwilligen Engagements zur Abfederung wohlfahrtsstaatlicher Abbauprozesse, sondern im Sinne von Stärkung und Selbstbestimmung. Das Projekt AKZENT unterstreicht darüber hinaus, wie notwendig und wertvoll die kontinuierliche Begleitung von Bewohner/innen durch Hauptamtliche ist. Diese Begleitung sollte auch über die Laufzeit von befristeten Förderprogrammen, wie der „Sozialen Stadt“, hinaus abgesichert werden. Der Einsatz hauptamtlicher Fachkräfte und die Fortführung und Weiterentwicklung entsprechender Programme, die die soziale Stadtentwicklung fördern, sind wichtige Faktoren zur Sicherung des Engagements marginalisierter Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Stadtteilen.

## Projektergebnisse gehen in Unterstützungsangebot der LAG ein

Die LAG nimmt die aus dem Projekt AKZENT heraus entwickelten konzeptionellen Maßgaben zur Entwicklung von Unterstützungsangeboten für Bewohnerinitiativen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten in ihr weiteres reguläres Leistungsangebot auf. Das ausgehend von den Projektergebnissen entwickelte bzw. angepasste Angebotsportfolio umfasst:

- themen- und problemorientierte **Beratung**,
- Gruppendiskussionen als moderiertes **Reflexions-, Planungs- und Coachingangebot** mit einem „neutralen Blick von außen“,
- Vermittlung von Informationen, Methoden und Handwerkszeug in **Workshops mit fachlichem Input** vor Ort in den einzelnen Gruppen,
- **vertiefende Seminare** zur praktischen Anleitung und Aneignung von Kompetenzen,
- **Austausch**, themenbezogene **Vernetzung und Interessenvertretung** mit anderen Gruppen.

Mit dem Projekt AKZENT ist es gelungen, die Anliegen und Themen von Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen stärker sichtbar zu machen und die Aufmerksamkeit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie lokaler Akteure auf anstehende Herausforderungen des Bewohnerengagements zu lenken. Mit dem niedersächsischen Appell können die Bewohnerinitiativen auch nach Ablauf des Projektzeitraums ihren gemeinsamen Anliegen Ausdruck verleihen. Auch die negativen Folgen kapitalmarktorientierter Wohnungsverkäufe für Bewohner/innen und ihre Aktivitäten im Stadtteil sowie die gezielte Suche nach Handlungsmöglichkeiten sind mit AKZENT in den Fokus gerückt worden.

## PRAXISNETZWERK FÜR SOZIALE STADTENTWICKLUNG

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.  
Stiftstr. 15 – 30159 Hannover,  
Tel.: (05 11) 701 07 09 – Fax: (05 11) 161 25 03  
www.lag-nds.de – geschaeftsstelle@lag-nds.de

**AKZENT**  
Akzente setzen - Zukunft entwickeln

Das Projekt AKZENT wurde als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert. Mit den Pilotprojekten sollen innovative und beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft unterstützt und bekannt gemacht werden.